

Stellungnahme zur allgemeinen Berichterstattung über das Thema Asyl – Appell für eine verantwortungsbewusste Medienlandschaft

11. Oktober 2023

Sehr geehrte Medienschaffende,

Die Schweiz und der Kanton Aargau stehen vor der Herausforderung, eine Vielzahl von Menschen, die aufgrund von Krieg, Gewalt, Verfolgung und anderen schwerwiegenden Gründen auf der Flucht sind, aufzunehmen und geeignete Unterkünfte für diese Menschen bereitzustellen. In den letzten Wochen und Monaten wurde in den Medien vermehrt darüber berichtet. Insbesondere die Berichterstattung zu den Ereignissen in Windisch, Wildegg und Birrhard haben daraufhin zu öffentlichen Diskussionen geführt. Sie wurden, auch wegen der Art und Weise, wie in den Medien berichtet wurde, oftmals nicht mit der nötigen Objektivität und Sachlichkeit geführt und habe zu keinen praktikablen Lösungen geführt. Leidtragende waren und sind die ohnehin bereits vom Schicksal arg gebeutelten Asylbewerber:innen.

Durch diesen offenen Brief möchten wir dazu aufrufen, dass die Medien ihre Verantwortung wahrnehmen und professionell über das Thema Asyl berichten. Sie sollen dabei eine differenzierte und sensible Darstellung auf den konkreten Einzelfall vermitteln. Emotional aufgeladene Diskussionen sind nicht hilfreich. Die Rechte und der Respekt für Menschen auf der Flucht sollen jederzeit gewahrt werden.

Wir weisen deshalb insbesondere auf die folgenden Punkte hin, die unserer Meinung nach in einer professionellen Berichterstattung eine übergeordnete Rolle spielen müssen:

1. Angemessene Recherche; Professionelle Berichterstattung

Medien spielen eine Schlüsselrolle bei der Schaffung eines Bewusstseins für die Situation von geflüchteten Menschen. Eine ungenügend recherchierte und unprofessionelle Berichterstattung kann dabei die Meinungsbildung negativ beeinflussen. Die diversen Artikel zur Verlegung einer geflüchteten Familie von Aarau nach Birrhard zeigen das beispielhaft auf: Der mediale Fokus lag dabei darauf, dass eine geflüchtete Familie sich weigerte, in eine neue Wohnung zu ziehen. Durch spätere Berichte wurde deutlich, dass diverse Akteur:innen das Problem beim Kanton sehen, welcher eine zu kleine Wohnung guthies und die Umplatzierung nicht entsprechend kommunizierte. Gleichzeitig wurden die Medien einseitig und politisch gefärbt durch den Gemeindeammann von Birrhard über die Ereignisse informiert. Diese Berichterstattung hat das Narrativ vom «undankbaren Flüchtling» gestärkt. Eine fundierte Recherche wäre den Fokus von Anfang an auf die strukturellen Probleme bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen gerichtet gewesen. Die Familie ist nicht das Problem, sondern der Umgang des Kantons mit Umplatzierungen und die Kommunikation mit den Gemeinden.

2. Wahrung der Privatsphäre

Die öffentliche Darstellung von Einzelpersonen und Familien, die auf der Flucht ist äusserst problematisch. Jeder Mensch hat das Recht auf Privatsphäre. Die öffentliche Identifikation von Personen, vor allem marginalisierten Personen, kann verheerende Auswirkungen haben und ihre

Sicherheit gefährden. Spezifisch kritisieren wir die bildliche Darstellung des Briefkastens, auf welchem der Name der Familie klar ersichtlich ist. Ferner ist fraglich, ob die Familie darüber in Kenntnis gesetzt wurde, in welchem Kontext die Berichterstattung über ihre Situation erfolgt. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass ihr die Trag- und Reichweite sowie die politische Vereinnahmung nicht ausreichend bekannt gewesen ist.

3. Sensibilisierung für marginalisierte Gruppen

Asylbewerber:innen gehören zu einer stark marginalisierten Gruppe in der Schweiz. Sie befinden sich in einem System, in welchem sie weder mitwirken noch mitentscheiden können und haben somit wenig Kontrolle und Autonomie über diverse Aspekte in ihrem Leben. Ausserdem sind sie stark von Rassismus auf struktureller und institutioneller Ebene sowie im Alltag betroffen. Indem Einzelsituationen medial aufbauscht werden, wird der rassistische Diskurs gefördert und Schlagzeilen fügen sich lückenlos in eine menschenverachtende Rhetorik ein. Eine sensiblere Berichterstattung hätte in allen genannten Fällen einen Beitrag zur Meinungsbildung sein können, anstatt Vorurteile zu bestärken. Diesbezüglich betonen wir die äusserst verantwortungsvolle und anwaltschaftliche Rolle der Medien im Umgang mit Menschenrechten.

Wir sind überzeugt, dass eine verantwortungsbewusste Berichterstattung zu einer solidarischen Gesellschaft beiträgt und appellieren an Sie, die notwendige Verantwortung wahrzunehmen und Sorgfalt einzuhalten.

Im Namen des Vereins Netzwerk Asyl Aargau,

Freundliche Grüsse,



Rolf Schmid
Präsident



Jessica Volmar
Geschäftsstellenleiterin